

Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Arbeiterkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei von monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Die Arbeiterpartei Deutschlands (S. O. P.), Postfach 14, Berlin: 21045 (Red.), 21047 (Verlag).
Wird der Arbeiterkampf von der Arbeiterpartei Deutschlands (S. O. P.) herausgegeben.
Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Zeitl. Postamt; Anzeigenpreis des Sozialisten Halle; Comenius und Vöhring Halle. Postkonto: Leipzig 20471 Halle-Merseburger Zeitungsvorort G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv-Verlag Halle G. m. b. H., Halle, Berghellstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 6. Oktober 1930

10. Jahrgang * Nr. 234

Aufruf zum Streit!

Kampfkongress der Berliner Metallarbeiter beschließt Streit gegen Lohnraub — Kampfausschüsse in den Betrieben — Leuna-Proleten, folgt diesem Beispiel, bereitet den Streit vor!

(Eig. Draht.) Berlin, 6. Oktober.

Die von der K.O.D. einberufene Metallarbeiterkongress war vom Kampfeifer der Berliner Metallarbeiter getragen. Ueber 400 Delegierte aus 104 der wichtigsten Betriebe waren anwesend. Die Delegierten beschließen einen Appell an die Berliner Metallarbeiter, der zum Streit auffordert als Antwort auf den Lohnraub, der in dem zu erwartenden Schiedsspruch fehlgeschlagen wird. Aus den wichtigsten Berliner Metallbetrieben wurde eine Kampfleitung von 80 Mann gewählt.

(Eig. Draht.) Berlin, 6. Oktober.

Entsprechend den Vereinbarungen zwischen Fäuning, Hermann Müller und Weis, in der Berliner Metallindustrie den Lohnraub durchzuführen und den Streit dagegen zu verhindern, bereitet der „Kommunist“ vom Sonntag die dazu notwendigen Abmahnungsbescheide der D.M.B.-Bürokratie und deren freibrotzerische Rolle vor.

Er schreibt: „Auf dem Sonderfaktisch in Berliner Metallbetrieben ist eine große Verantwortung, lautet überhaupt die Forderung der Metallarbeiter, die es diese Woche zu treffen hat, ist die Entscheidung über das Schicksal von tausenden deutschen Arbeitern.“ „Aber nicht die Arbeiter und ihr Kampf, sondern der Schlichter entscheidet. Das ist eine eindeutige Erfahrung, daß die D.M.B.-Bürokratie den Schiedsspruch, der den Lohnraub festsetzt, nicht nur kampflos hinnehmen, sondern auch den Streit der Metallarbeiter gegen diesen Lohnraub abzumürgen wird.“

In Berlin ist die reformistische Gewerkschaftsbürokratie drauf und dran, die Metallproleten dem Diktator des Schlichters, das heißt in Wirklichkeit dem Diktator der Unternehmer, auszuliefern, sie einen unabweislichen Lohnraub erleiden zu lassen.

In unserem Bezirk trauet die sozialfaschistische Bürokratie daselbe verbrecherische Spiel.

4800 Leuna-Proleten sollen von Montag der nächsten Woche an mit 8 bis 10 Mark weniger Lohn in der Woche nach Hause gehen.

In gleicher Weise belagert die reformistische Bürokratie die Leuna-Proleten, denn sie sich diesen Lohnraub gefallen lassen, fünfzig Metallarbeiter zum Verhandeln. In gleicher Weise läßt sie ihnen vor, daß sie für die „letzte Zeit“, wenn die Wirtschaftslage sich „gebessert“ haben wird, die Arbeiter zum Kampfe für einen Lohnausgleich aufrufen wird.

Der britische Imperialismus verliert eine Luftwaffe

Das englische Luftschiff R 101 explodiert — 50 Tote, darunter der englische Luftschiffahrtsminister.

(WPA.) Paris, 5. Oktober. Das englische Luftschiff R 101, das gestern abend 7 1/2 Uhr in Cardington zur Indienstnahme bereit, um heute früh gegen 2 1/2 Uhr bei Beauvais, etwa 60 Kilometer von Paris, explodiert. Von den 50 Besatzungsmitgliedern sind 50 verbrannt, darunter der englische Luftschiffahrtsminister Lord Thomson. Die acht lebendigen wurden mit schweren Brandwunden nach Beauvais ins Krankenhaus gebracht. Im Augenblick der Katastrophe flog R 101 nur 110 Meter über der Erde gegen eine höhere Regenwolke. Von dieser wurde das Luftschiff gegen den Erdboden geschleudert und explodierte.

Im Augenblick der Katastrophe schiefte, abheben von den Wachen und den Piloten, alles an Bord. Die Motoren arbeiteten glänzend. Das Luftschiff war mitten in einen Regenbogen geraten. Die Besatzung sah den Erdboden zu, bis eine überhört starke Explosion es über den Erdboden. In diesem Augenblick ereignete sich die Explosion. R 101 bildete nur noch eine unformige Wolke aus der noch immer Flammen aufstiegen. Die Motoren, die zur Hälfte in die Erde gerammt sind, ragen aus dem Gewirr hervor.

Schwere Flugzeugkatastrophe bei Dresden

(WPA.) Dresden, 6. Oktober. Das Flugzeug D 1830, das sich auf dem Fluge Berlin—Wien befand und infolgedessen am 5.10.1930 in Dresden landen sollte, ist heute vormittag über einem Reichswaldgebiet in der Dresdener Gegend abgestürzt. Es war mit einem Piloten, einem Flieger und sechs Passagieren besetzt. Vier der Passagiere wurden durch die Explosion schwer verletzt geboren. Nach einer anderen Mitteilung sind 8 Tote zu beklagen.

Es ist notwendig, daß die Arbeiter begreifen, was ihnen außer diesem Lohnraub jetzt zugebracht ist.

Vom heutigen Tage an tritt der erhöhte Beitrag für die Erwerbslosenversicherung von 6 1/2 Prozent in Kraft.

Dazu kommt die Ledigensteuer, die Schanksteuererhöhung, daneben droht die Wertschätzung von 20 Prozent. Wollen die Leuna-Proleten das alles ruhig hinnehmen? Die Leuna-Proleten dürfen es nicht.

Die Leuna-Proleten müssen sich ein Beispiel nehmen an den Berliner Metallproleten, die fest entschlossen sind, die

Die Antifaschistische Front der Brüning-Regierung

Eintritt russischer Fußballspieler in letzter Stunde verhindert — Ein neuer Schandstreik gegen die roten Sportler

Halle, 5. Oktober. Eine neue unerhörte Lasten zeigt der Arbeiterkampf mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wobei der Kurs in Deutschland geht. Am Sonnabend sollte eine internationale Veranstaltung hallischer roter Sportler mit einer tschechischen Fußballmannschaft aus der Sowjetunion durchgeführt werden. Mehr als 8000 Zuschauer waren im hallischen Stadion trotz des faheligen Wetters versammelt, um die Gäste aus dem Vaterland aller Arbeiter zu begrüßen.

In letzter Minute trat die Nachricht ein, daß die Einreise durch die Grenzbehörden verweigert wurde.

Eine Ungeheuerlichkeit gegenüber einem Lande, mit dem sich die deutsche Republik angeblich in nachbarlichen Beziehungen befindet. Eine Ungeheuerlichkeit insbesondere im Hinblick darauf, daß die Grenzschleusen gegenüber den revolutionären Arbeitern aus der Sowjetunion ein ganzes System gemordet sind.

Die vielen Tausende, die am Sonnabend vergeblich auf unsere russischen Brüder warteten, beantworteten diesen Schandstreik mit dem Gelächern, nun erst recht für die internationale rote Sporteinheit mitzukämpfen. (Ausführlicher Bericht siehe Sportteil.)

Katzenlog der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu brechen und jeden Pfennig Lohnraub mit dem Streit zu beantworten.

So wie die Berliner Metallarbeiter unter Führung der K.O.D. den Kampf vorbereiten, so müssen auch die Leuna-Proleten die Parolen der K.O.D. befolgen, weil die K.O.D. die einzige Kraft ist, die willens und imstande ist, die Arbeiter in den Kampf zu führen.

Nicht muß in allen Abteilungen des Leuna-Werks zur Lage Stellung genommen werden. Nicht muß der K.O.D. vorangelegte Entwurf eines Tarifvertrages für die chemische Industrie diskutiert werden. Die Leuna-Proleten dürfen ihre Empörung nicht zurückschalten.

Sie müssen dem Betriebsrat auf die Fude rüden, sie müssen ihm klar machen, daß sie keine Abmachungen mit der Direktion, daß sie den Lohnraub nicht anerkennen, daß sie zu kämpfen entschlossen sind.

Endlich müssen in allen Abteilungen die roten Vertrauensleute gewählt werden. Und darüber hinaus die Vorbereitungen zum Kampfausschüsse.

So wie die Leuna-Proleten müssen die Arbeiter in der gesamten chemischen Industrie, die Arbeiter in den anderen Betrieben unseres Bezirkes zum Kampfe rufen. Gegen die Unternehmerrückendeckung des Streiks und darüber hinaus gegen die faschistische Diktatur der politischen Massenstreik!

Hitler beim Reichskanzler des Young-Kabinetts

(Eig. Draht.) Berlin, 6. Oktober. Brüning hat gestern die Nationalsozialisten zu einer Unterredung empfangen. Außer Frick und Götting war auch Hitler zugegen. Die Anwesenheit Hitlers ist ein Beweis dafür, daß die Nazis mit der Brüning-Regierung, auch wenn sie noch nicht sofort auf die Ministerliste rufen, in engerer Fühlung bleiben werden.

S.P.D.-Arbeiter her zu uns!

— n. Halle, 6. Oktober.

Eine tiefe Erschütterung geht durch die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter. Das Wahlergebnis vom 14. September, der schwere Verlust der S.P.D., der starke Vormarsch der Kommunisten hat sie aufgeschreckt. Mit Beforgnis erfüllt ist das Anwachsen der Kapitulation. Die ganze Frage bewegt sie: Was nun?

Die „Linken“ tragen der Stimmung der Mitteldeutschen Rechnung, indem sie wieder „tabifale“ Töne reden, in den Funktionär- und Mitgliederversammlungen, in denen die Parteibürokratie zu Worte kommen läßt, und in der Presse. Die Halbmonatsschrift der „Linken“, der gelbe „Klassenkampf“, nehmend auf dem Beschlag des neuen Heftes „Zeit-Opportunist“, und in dem Leitartikel wendet sich Max Seydewitz gegen die Letztzeitung, gegen die Duldung der Brüning-Regierung:

„Wenn die Sozialdemokratie die Regierung Brüning tolerieren will, so bedeutet das praktisch, daß sie in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch des neuen Reichstages positiv der Regierung Brüning ein Vertrauenstimmens ausstellen muß, daß sie politisch für die Beibehaltung der von ihr im Wahlkampf so heftig bekämpften Notverordnungen stimmt.“

welt, wie Seydewitz fortführt, infolge der Stärke der Oppositionsparteien Stimmhaltung nicht gesüht.

Der „Linke“ Aufhäuser hat in der Berliner Funktionär-Versammlung, die in der vergangenen Woche stattfand, auch den außerparlamentarischen Kampf gefordert. In der Diskussion wurde an der Spitze der S.P.D. heftige Kritik geübt. Im Schlußwort allerdings meinte der „Linke“ Aufhäuser sich gegen einen Antrag, der verlangte, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gleich nach Reichstagsauflösung ein Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung einbringen soll und daß, wenn die Berliner Abgeordneten, die den Antrag in der Fraktion vertreten wollen, sich nicht durchziehen, sie mit Disziplinbruch bestraft werden. Der Antrag wurde abgelehnt; aber doch überhaupt gestellt wurde, ist kennzeichnend für die Stimmung in der S.P.D.

So wie in der Berliner Funktionärversammlung kam es auch im Reich in Mitgliederversammlungen und Funktionärversammlungen zu heftigen Auseinandersetzungen. Ehrliche Arbeiter, die immer noch an die Möglichkeit glauben, daß die S.P.D. gegen die Ausbeuter-Klassen kämpfen könnte, forderten scharfe Opposition gegen die Brüning-Regierung, während von der Bürokratie mehr oder weniger „tabifal“ hingeworfen, zu nichts verpflichtende Entlassungen gegen zur Annahme gebracht wurden.

Der Beschluß, den die Reichstagsfraktion der S.P.D. am Freitag sah, war ein Schlag gegen die rebellierenden S.P.D.-Arbeiter.

Durch ein paar Phrasen schließt man sich an, daß die Sozialdemokraten in Reichstags kein Mißtrauensantrag gegen die Brüning-Regierung annehmen, daß sie nicht für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen, daß sie die Regierung unterstützen werden. Mit großer Befriedigung ist dieser Beschluß von der deutschen Kapitulationsfraktion aufgenommen worden. Wieder einmal ist die sozialdemokratische Partei als willige und billige Diener der deutschen Ausbeuterklasse entlarvt, entlarvt auch als Diener der faschistischen Diktatur, die gegenwärtig in Brüning ihre Verbrüderung findet.

Wenn ich maler als die Weis und Seering, die Hermann Müller und Beth, wie die Reichstagsfraktion, die sich der Brüning-Diktatur als Stütze zur Verfügung stellt, sind wiederum die „Linken“, der „Klassenkampf“ des Albert Verholz aus Zeit bringt am Sonnabend einen Leitartikel „Keine Zurückhaltung“, der sich mit dem Beschluß der Reichstagsfraktion beschäftigt. Er heißt in dem Artikel:

„Gerade deshalb hätte die Fraktion ganz besonders herausarbeiten müssen, daß eine parlamentarische Hilflosigkeit der Sozialdemokratie für eine demokratische Regierung nur die falsche Lösung ist, wenn den sozialsten Forderungen der Sozialdemokratie Rechnung getragen wird durch die Annullierung des Brüning-Kurses. Dieser Wunsch an der sozialdemokratischen Stellungnahme ist es, der bürgerliche Blätter und Parteien sich in Millionen wegen läßt, als würde die Sozialdemokratie der Regierung Brüning mit dem heutigen Kurs eine Politik der Duldung treiben. Das ist, wie wir ausdrücklich feststellen dürfen, nicht der Fall.“

Am Abend desjenigen Tages, an dem in Zeit diese Seite gedruckt wurden, lagte der Bezirksparteitag der Berliner S.P.D. Referent war Rudolf Hilferding, Finanz-

Witt-Beaufort
1. 1. 1930
2. 1. 1930
3. 1. 1930
4. 1. 1930
5. 1. 1930
6. 1. 1930
7. 1. 1930
8. 1. 1930
9. 1. 1930
10. 1. 1930
11. 1. 1930
12. 1. 1930
13. 1. 1930
14. 1. 1930
15. 1. 1930
16. 1. 1930
17. 1. 1930
18. 1. 1930
19. 1. 1930
20. 1. 1930
21. 1. 1930
22. 1. 1930
23. 1. 1930
24. 1. 1930
25. 1. 1930
26. 1. 1930
27. 1. 1930
28. 1. 1930
29. 1. 1930
30. 1. 1930
31. 1. 1930
32. 1. 1930
33. 1. 1930
34. 1. 1930
35. 1. 1930
36. 1. 1930
37. 1. 1930
38. 1. 1930
39. 1. 1930
40. 1. 1930
41. 1. 1930
42. 1. 1930
43. 1. 1930
44. 1. 1930
45. 1. 1930
46. 1. 1930
47. 1. 1930
48. 1. 1930
49. 1. 1930
50. 1. 1930
51. 1. 1930
52. 1. 1930
53. 1. 1930
54. 1. 1930
55. 1. 1930
56. 1. 1930
57. 1. 1930
58. 1. 1930
59. 1. 1930
60. 1. 1930
61. 1. 1930
62. 1. 1930
63. 1. 1930
64. 1. 1930
65. 1. 1930
66. 1. 1930
67. 1. 1930
68. 1. 1930
69. 1. 1930
70. 1. 1930
71. 1. 1930
72. 1. 1930
73. 1. 1930
74. 1. 1930
75. 1. 1930
76. 1. 1930
77. 1. 1930
78. 1. 1930
79. 1. 1930
80. 1. 1930
81. 1. 1930
82. 1. 1930
83. 1. 1930
84. 1. 1930
85. 1. 1930
86. 1. 1930
87. 1. 1930
88. 1. 1930
89. 1. 1930
90. 1. 1930
91. 1. 1930
92. 1. 1930
93. 1. 1930
94. 1. 1930
95. 1. 1930
96. 1. 1930
97. 1. 1930
98. 1. 1930
99. 1. 1930
100. 1. 1930

minister in der Müller-Regierung und theoretische Leuchte des Parteivorstandes nach dem Bericht im 'Vorwärts' sagte Hilferding: „Unter den parlamentarischen Mitteln ist das Mißtrauensvotum sehr wichtig zu handhaben. Die Brüning, bei einer Regierungsoberaufsicht über den Reichstag nicht angeschlossen. Parlamentarischer Aktivismus ist es, die Waffe des Mißtrauensvotums unter allen Umständen anwenden zu wollen... Der Sekretär erklärte dann die Schwierigkeiten der... bedingten Wählung der Notverordnungen und forderte, daß sie in Folge umgewandelt und verbessert werden müßten. Mit einer glatten Wählung ist nichts zu machen.“

Das bedeutet: Die SPD. stimmt keinem Mißtrauensvotum gegen Brüning zu, stimmt nicht für die Aufhebung der Notverordnungen, küßt und verteidigt Brüning. Auf dem Berliner Parteitag war die Opposition gegen Hilferding und gegen die Reichstagsaktion sehr heftig. Schon zwei Monate wurde ständig durch Aufrufe unterbrochen, und fast alle Diskussionen sprachen gegen den Fraktionsbeschluss. Aber im Schlusswort sagte Hilferding, der Beauftragte des Parteivorstandes, ganz offen, daß gegen den Berliner Parteigenossenstand gehandelt werden würde, und er berief sich dabei auf die Gesamtpartei.

Mit der Unterfütterung der Brüning-Diktatur steht die SPD. ihre bisherige Politik fort.

Die sogenannten Notverordnungen verwickeln ja zum größten Teil nur Vorklässe, die von Sozialdemokraten (Hilferding; die Regierervereuer, Braun; Weantennotopler, Ledigenreuer usw.) gemacht worden waren. Die Braun-Regierung führt Brünings Diktatur-Beschwerden nicht durch, geht selbst über die Forderungen Brünings hinaus und macht ihre kapitalistische Klassenjustiz und ihre Disziplinaraufnahmen mobil gegen Kommunisten, die zur Sabotage der Diktaturverordnungen zum Steuerstreik aufrufen.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedeutet nicht nur, daß sie die bisherigen Taten Brünings verteidigen wird, er

verpflichtet Unterfütterung auch für die Bewerklung des Raubprogramms, das von der Brüning-Regierung in der vergangenen Woche beschlossen wurde,

und dem Otto Braun bereits seine Zustimmung gegeben hat.

Die Hilferding & Co. verlieren sich hinter dem Vorwand, daß sie durch ihre Hilfeleistung für Brüning die Wählergereizung durch den Faschismus verhindern wollen. Dabei ist das Brüning-Programm nichts anderes als Faschismus, dabei sind die Sozialdemokraten, die getreuen Aristolene Brünings, nichts anderes als Wegbereiter und Stützen des Faschismus.

Die Hungerprellerei gegen die Arbeiter wird geschwungen. Am 13. Oktober sollen 4800 Lohn- & Arbeiter mit 8 und 10 Mark wöchentlich Lohn in der Woche nach Hause gehen. Entlassungen und Lohnraub in der Elektrotechnik, Schmelzbetriebe sind angedroht. Lohnraub und Entlassungen in Braunkohlenbergbau, Lohnraub und Entlassungen in Eisenindustrie, Entlassungen und Lohnraub in der Metallindustrie, Lohnraub in der keramischen Industrie. Das ist den Arbeitern der wichtigsten Industrien in unserem Bezirk angedroht, das ist ein Stück der Offensive, die von den Unternehmern gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse geführt wird.

Unternehmensoffensive und Brüning-Diktatur sind Teile eines Ganzen. Wer Brüning küßt, hilft auch den Unternehmern, ihren Lohnraub und ihren Entlassungsterror durchzuführen.

Die Arbeiter wollen nicht, daß ihnen der Lohn gekürzt, daß weitere Massen erwerbslos auf die Straße geworfen werden; die Arbeiter wollen nicht durch den Lohnraub die Steuern erhöhen, durch die unerhörten hohen Löhle sich ausplündern lassen. Die Arbeiter wollen nicht unter den Geißelstößen der faschistischen Diktatur sich beugen.

Die Arbeitermassen kämpfen — Aber wer wird sie führen?

Die SPD, des Diktators Brüning Stütze? Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die ein Stück der SPD. ist? Sie werden jeden Kampf zu verhindern und niederschlagen suchen.

Die Arbeiter können nur kämpfen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, unter Führung der Kommunistischen Partei. Jetzt darf keine Zeit mehr verloren werden, jeder Tag, jede Stunde ist kostbar. Schafft Betriebsgruppen der KPD! Wählt vorbestehende Kampfgruppenleiter! Bildet Betriebskomitee! Sozialdemokratische und parteilose Arbeiter müssen in die Kampfpartei, an die Seite der Klassenbewußten Arbeiter, der Kommunisten! Wehrt den Lohnraub ab durch Streik! Kämpft zum politischen Massenstreik gegen die Massenauflösung durch die Brüning-Diktatur, für den Sturz der Brüning-Regierung!

Die SPD ist die Stütze des Faschismus. Die einzige gegen den Faschismus kämpfende Partei ist die KPD. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen nicht länger den Wels und Hilferding und Herk folgen. Sie dürfen nicht länger von den „linken“ Bergahls & Co. sich treffeln lassen. Für sie, ebenso wie für die parteilosen Arbeiter heißt die Parole:

Hinein in die Kommunistische Partei!

Ausgliedern, im Betrieb ausfüllen lassen und der örtlichen Parteileitung beziehungsweise der Bezirksleitung der KPD. Halle, Verneinstraße 14, übermitteln!

Beitrittserklärung zur KPD.

Der Unterzeichnete erklärt hiermit seinen Eintritt in die

Kommunistische Partei Deutschlands

Wohnort: _____, den _____ 1930

Name: _____

Straße: _____

Stürmischer Vormarsch des KPD.

5848 neue Kämpfer gegen den Faschismus — Unser Bezirk muß sehr viel aufholen

(Fig. Bez.) Berlin, 4. Oktober.

Als Antwort auf den Kampfruf gegen die kommunistischen Jugendgenossen in Leipzig fanden im ganzen Reich gemalte Protestkundgebungen statt. Die Antwort der Jungarbeiter ist: Nun erst recht! In Leipzig waren die Kundgebungen überflüssig. Die Aufmärsche der Berliner Jungarbeiter wurden von der Jürgel-Polizei auseinandergepöppelt, was die jungen Proletarier nicht abhielt, ihren Willen zum Kampf in allen Teilen der Stadt zu demonstrieren.

Über 3500 Jungarbeiter demonstrieren in Düsseldorf trotz des brutalsten Polizeiterrors. Auch in Bremen, Frankfurt am

Main, Walsenburg und im Ruhrgebiet fanden gewaltige Protestkundgebungen statt.

Die Antwort auf den Kampfruf

Die wertvolle Jugend beantwortet den Leipziger Kampfruf, einem Massenstreik in den Kommunisten gebend, und den Führer des Jungproletariats. Nachher erfolgen täglich. Bis jetzt wurden gemeldet:

Berlin	1270
Ruhrgebiet	1363
Niederrhein	749
Mittelhessen	2263
Mittelrhein	140
Pommern	43
Halle	135
Kassel	82
Hamburg	250
Baden	217
Oberhessen	60
Sachsen	647
Frankfurt	250
Württemberg	400

Insgesamt: 5848

So gut die Werbergebnisse in vielen Bezirken des Reiches so schlecht ist das Ergebnis in unserem Bezirk. Das eine bringende Mahnung nicht nur an den Jugendverband sondern ebenso sehr an unsere Partei, in viel härteren Kämpfen als bisher sich um die Gewinnung der Jungarbeiter ihrer Organisation im KPD. zu kümmern.

Welle der SA. im holländischen Bezirk

(Fig. Meib.) Hettstedt, 3. Oktober.

Die SA. hatte zum letzten Sonntag zu Aufmärschen anlässlich ihres Internationalen Jugendtages aufgerufen. In Hettstedt sollten drei Unterbezirke aufmarschieren. Im dem Aufmarsch beteiligten sich ganze 30 Jungarbeiter. Der KPD. hatte eine Gegenveranstaltung veranstaltet, an der sich die Hettstedter Jungarbeiter zahlreich beteiligten. Eine Protestresolution gegen die Klassenjustiz wurde angenommen. Die Einweisker der SA.-Welle verurteilten vergeblich durch Provozierung von Schlägereien die lehrhaften politischen Diskussionen zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen jungen Arbeitern zu verhindern.

Sturm auf dem Berliner SPD-Parteitag

Treue Verhöhnung der SPD-Arbeiter durch Hilferding — Unterfütterung der Brüning-Diktatur — Arbeiter, heraus aus der SPD.

(Fig. Draht.) Berlin, 6. Oktober.

Auf dem Berliner Parteitag der SPD. kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen. Der „links“ Parteivorstand hatte Hilferding mit dem Sekretar beauftragt,

der in ganz treuer und prosopischer Weise die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter auf einen Kurzwort der sozialdemokratischen Politik verarbeitete und die Unterfütterung der Brüning-Regierung verteidigte.

Er wurde dabei von den „linken“ Aufhäuser und Crispian unterstützt. Hilferding erklärte unter anderem: Der Wahlaustritt sei keine Niederlage der SPD. Einen starken Stoß habe der Parlamentarismus und die Sozialdemokratie retten müsse. Es drohe die Gefahr der Herrschaft der Nazis in der Regierung. Die zur Verfügung stehenden außerparlamentarischen Mittel zur Bekämpfung der Diktatur seien nicht anwendbar, da kein Mensch

wisse, ob die sich nicht gegen die Arbeiterklasse selbst richten würde. Die Sozialdemokratie müsse eine sehr vorläufige Politik treiben. Das Mißtrauensvotum gegen Brüning müsse sehr sorgfältig gehandhabt werden. Ebenso sprach sich Hilferding gegen die Ablehnung der Notverordnung aus. Wörtlich sagte er: „Wir verlieren nichts, wenn wir im Parlament alles durchgehen können. Vielleicht hätten wir jetzt weniger tolerieren, wenn wir im alten Reichstag tolerieren hätten.“

Hilferding wurde während seiner Ausführungen wiederholt härmlich durch Zwischenrufe unterbrochen. In der Diskussion sagte ein Delegierter: „Das sozialistische Kabinett will uns in unserer Politik an seiner Politik beteiligen. Die größte Stärke der Nazis ist unsere Arbeit.“

Ein anderer Delegierter führte aus: „Schuld am Ausgang der Partei ist die Politik des Parteivorstandes, der sich bei jeder Gelegenheit an den Unternehmern der Arbeiter verläßt.“ Wenn der Parteiparatat noch funktionierend verblüht, dann wird ein gewisser Faschismus die Mitglieder befallen die sich sagen: Wir können machen was wir wollen, der Parteivorstand macht das Gegenteil.“

Fast alle Diskussionen sprachen sich gegen die Unterfütterung der Brüning-Regierung aus.

Im Schlußwort sagte Hilferding seine Provozierungen gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiter fort.

Er erklärte, daß er keine Verantwortung habe, sich mit dem Ergebnis der Debatte zu befassen. Niemand habe andere Verantwortung gemacht. Es sei durchaus möglich, daß der Parteivorstand die Politik gegen den Willen der Berliner Parteigenossen nach Berlin allein geht es aber nicht, es entscheidet die Gesamtpartei. In Weiterer hat die Partei sogar einer Verfassungänderung zugestimmt, um die Demokratie zu retten. Niemand deshalb in Weiterer die Partei verlassen und führe Parteigenossen in Parteiverfammlungen auf.

Angenommen wurde eine neue Verfassung, die die Partei während des Wahlkampfes rechtfertigt. Außerdem wird die Einberufung eines außerordentlichen Parteitagcs gefordert.

Bürgerkriegsgarde gegen die Arbeiter paradiert in Koblenz

(Fig. Draht.) Koblenz, 6. Oktober.

Hier fand gestern ein großes nationalliberales Treffen des Stahlhelms statt, an dem auch die demagogische Exzellenz, die beide als Ehrenmitglied des Stahlhelms teilnahm, und die Vertreter des faschistischen Italiens beim Abzug des Deutschlandliebes dieses mit dem Stahlhelms beizugehen. Aus Selbstredend ist bemerkenswert, daß ein Mitglied des Bundesvorstandes noch nicht, der eine Vereinnahmung aller nationalsozialistischen Organisationen der Preussischen Landtage an.

Derselbe Stahlhelm, der vor nicht langer Zeit noch über die Begründung des deutschen Stützpunktes durch den italienischen Faschismus sprach, ist jetzt hiesig darauf, die Endboten des Faschismus bei sich zu halten zu lassen. Wollt ihr das Verhängnis, nach dem der Stahlhelm die deutschen Arbeiter freisetzen will. Der Aufmarsch in Koblenz ist eine dringende Mahnung an die Arbeiter, die antifaschistische Abwehrfront zu bilden. Hinein in den Kampfband gegen den Faschismus!

Dem Faschismus wird der Weg geebnet

Propagandaprozesse gegen die Nazis — Immer mehr Kommunisten wegen Hochverrats verurteilt — Bildet überall anti-faschistische Abwehrorganisationen!

Wie wir bereits am Sonnabend kurz berichteten, erhielten im Prozess gegen die drei Ulmer Reichswehrführer die drei angeklagten nationalsozialistischen Offiziere die milde Strafe von je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Die Propaganda- und Hinterschneidung vor dem Reichsgericht, die zum erstenmal drei Nazis wegen Hochverrats mit außerordentlich milden Strafen bestraft wurden, während die Leiter der nationalsozialistischen Berlesungsarbeit, die in dem Prozess wiederholt eine Rolle spielten, die Pfeffer, Weich und Stennes überhaupt nicht auf der Anklagebank waren. Die großangelegte Propagandaveranstaltung für die Nationalsozialistische Partei vor dem Reichsgericht endete, wie es nicht anders zu erwarten war. Sie diente der Ebnung des Weges für den Faschismus.

durchführte, wurde vor drei Tagen der Genosse Emil Jakob 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil bei einer Hausdurchsuchung in einem Heft einige Exemplare der Zeitung 'Der rote Schuppelpolizist' verteilt haben soll.

Die Ereignisse müssen die Arbeiterklasse erneut anporren. Kräfte zur Organisation des antifaschistischen Kampfbundes der Betriebsbewachen gegen den Faschismus einzusetzen.

In bestellten Sinne liegt das Urteil, das am Sonnabend gegen sechs nationalsozialistische Wähler vor einem Berliner Schwurgericht gefällt wurde. Obgleich in der Verhandlung die Schuld der sechs Banditen, die einen wehrlosen Arbeiter in der wichtigsten Weise vorzüglich ermordeten, erhielten nur zwei je sechs und der Jahre Zuchthaus, während die übrigen mit Gefängnisstrafen davonkamen. Ein neuer Freibrief für die Mordgehilfen Nazis.

In Mülhhausen Diktaturkneuer abgelehnt

Die letzte Stabsbesprechungsversammlung in Mülhhausen unter dem Eindruck einer gleichzeitig stattfindenden gemalten Kundgebung der Kommunistischen Partei, die für den Steuerkampf gegen die Diktaturkneuer und die sofortige Auflösung des Reichsparlamentes demonstrierte. Der Massenaufruf der Mülhhauser Arbeiterklasse war der SPD. und der Wählerliga so in die Glieder gefahren, daß sie den kommunistischen Vorschlägen zum Teil folgten. Nach einer langen Debatte wurde einstimmig in der Kundgebung vorgeschlagen, die Mülhhauser Arbeiterklasse auf die Notverordnung hin, abgelehnt. Die Arbeiterklasse und die Gemeinde-Verwaltung wurden einstimmig die Bürgerkneuer gegen die Stimmen der Mülhhauser Arbeitergemeinschaft abgelehnt.

Während die Prozesse gegen die Nazis regelrechte Komödien sind, werden die Kommunisten wegen der gehaltenen Vergehen zu den ungeschwächtesten Strafen verurteilt. Von demselben Reichsgericht, das die Propagandaveranstaltung für die Nazis

Alarm aus Oesterreich

Die österreichische Bourgeoisie hat mit der Einleitung der Heimwehrregulierung Baugoin's - Selig's - Staroberg's zum entscheidenden Schritt gegen die Arbeiterhaft ausgeholt. Seitdem von der sich katastrophal verhaltenden Wirtschaftskrise, von der Zulassung der imperialistischen Wirtschaftskräfte auf die schicksalhaften Rettungsergebnisse in allen kapitalistischen Ländern, hat die österreichische Bourgeoisie durch die parlamentarischen und „demokratischen“ Mittel zu bestreben.

Die Rolle der nun schon überholten faschistischen Schöber-Diktatur blieb in vielen Punkten der Aufgabe der Regierung Brüning: Als Vorkämpfer und Wegbereiter vor offenen, brutalen Faschisten diktatur dieser in die Hände zu arbeiten und dazu weitestgehend die Mitwirkung der Sozialfaschisten in Anspruch zu nehmen. Der österreichische Hitler aber heißt Staroberg!

Was die Regierung Schöber, die sich ebenfalls auf die Heimwehren stützte, im September des Vorjahres begonnen hatte, das erfüllt jetzt die offene Heimwehrregulierung Staroberg's. Nicht umsonst hat dieser die Bundesführer der Heimwehr, Schöber, der jetzt Innenminister im Kabinett Baugoin's ist, als „Vater“ der Heimwehrregulierung durch die Heimwehr nicht als parlamentarischen Boden erfolge; und derselbe offene Faschistenführer Staroberg hat bereits angekündigt, daß sich die Heimwehr die Macht auch selbst durch eine „rote Wertscheit“ nach den kommenden Wahlen nicht aus der Hand nehmen lassen werde.

Der dem österreichischen Proletariat steht die Gefahr der neuen und blutigen faschistischen Diktatur, wie sie in Italien gescheitert!

Vorläufig haben „erf.“ zwei Heimwehrmänner in der Regierung: der Bundesführer der Heimwehrfaschisten, der „Führer“ Staroberg, und der Salzburger Bundesführer der Heimwehr, Schöber. Aber diese beiden Faschistenführer haben die enstehende Heimwehrregulierung in der Hand, die Ministerien für Inneres und Justiz.

Nun Innenminister aus verläßt Staroberg über Polizei und Genzarmerie, als Innenminister obliegt ihm die Durchführung der Wahlen. Staroberg hat nach seinem Amtsantritt in einem Manifest an die Heimwehrländer den Kurs seiner Amtsführung bereits mit den Worten vorgezeichnet: „Jetzt werden wir sehen, was es heißt, wenn ein Heimwehrmann regiert!“

Staroberg, der vielfacher Großgrundbesitzer und Herr über 13 Schlösser ist, machte schon im November 1933 den Münchener Hitler-Putsch mit; und heute noch ist Staroberg ein geschäftliches Mitglied der Hitler-Partei! Vor wenigen Wochen erst, knapp vor der Übernahme der obersten Bundesführung der Heimwehren durch Staroberg, war dieser in München bei Hitler und bereit mit ihm über die „neue Taktik“ der österreichischen Heimwehren.

Der Wahlerfolg der Nazis im Reich war dann der unmittelbare Anlaß zur Einbeziehung der österreichischen Hitlerianer in die Regierung, zur Brüning's Entlassung der faschistischen Diktatur. Der sozialistische Sozialist Seipel, der der Drahtzieher des Regierungsverfalls in Oesterreich war, hat ja auch einem deutschen Herrschaften Kollegen Brüning die einstufigen Arbeiterämter der Nationalsozialisten in die Regierung aufgenommen.

Doch die Sozialdemokratie, die jetzt einen Wahlkampf gegen den Faschismus führt, hat sich den neuen Verhältnissen bereits angepaßt. Als erstes Zeichen ihrer Bereitschaft, auch unter einem Regime Staroberg nicht die Helferrolle für die faschistische Diktatur aufzugeben, hat sie den sozialdemokratischen Militärverband (die freie Soldatengewerkschaft) angegliedert, sich an den diesjährigen Vertrauensmännerwahlen im Bundesrat nicht zu beteiligen! Wie sich die österreichischen Sozialfaschisten überlassen lassen mit dem neuzugewonnenen Arbeiteramt Schöber verbunden haben, so werden sie nun auch im Dienste Staroberg's bereit sein.

Jetzt helfen sie ihre Helferrolle für die verhasste faschistische Diktatur in die Praxise: „Antwortet ihnen am 9. November mit dem Stimmzettel!“ und bereiten damit bewußt den Weg zu der Staroberg's anstehenden „Revolution der Wahlen“ mit den Waffen der Bürgerkrieges. Wie immer mit den Wahlen auch ausfallen mögen — die österreichische Sozialdemokratie wird mit ihrem hündelstetigen Knechtsdiensten im Lager Staroberg's zu finden sein.

Die faschistische Diktatur wird auch diese getreuen Helfer abstoßen und unerlaubt die Macht übernehmen, die blutige Terrorherrschaft gegen das Proletariat aufzurichten. Staroberg's faschistische Gardien wissen genau, daß ihnen aus der Führung des Republikanismus Schutzbundes kein Gerner erwächst. Der Faschismus fürchtet weit eher die österreichische kommunistische Partei. Er weiß, daß unsere österreichische Bruderpartei die einzige Kraft ist, die in schärfster Frontstellung gegen die sozialfaschistische Führung

Massenstreik gegen Faschistenaufrüch

Generalstreik im spanischen Industriezentrum unter Führung unserer Bruderpartei

Madrid, 4. Oktober. Heute wurde in Bilbao, dem größten spanischen Industriezentrum, der Generalstreik erklärt. Der politische Massenstreik, der in völliger Einmütigkeit durchgeführt wird, richtet sich gegen einen für Sonntag geplanten Aufmarsch der spanischen Monarchisten in Bilbao. Die Arbeiter sind entschlossen, diesen Aufmarsch zu verhindern.

In der ganzen baskischen Provinz herrscht größte Erregung. Heute morgen hat es bereits zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die zu schweren Strafen in Madrid führten. Die Zahl der durch Polizeigewalt Verwundeten steigt noch nicht ab.

Die Reiter von Bilbao, die bei einem Banquet der Monarchisten feierten, weigerten sich, diese Arbeit auszuführen.

Nach in Barcelona steigt die Streikwelle immer höher. Für die ganze Provinz Katalonien ist der Streikverbot ausgesetzt.

Die Bewegung in Bilbao steht unter Führung unserer spanischen kommunistischen Bruderpartei, deren Aktionskraft

gegen den spanischen Faschismus durch unseren Wahlsieg in Deutschland wesentlich gestärkt wurde.

Bravo, Peter Kociaga!

Krafa, 4. Oktober. (Note-Presse-Bericht.) Im April d. J. fand in Bielawice eine Gewerkschaftsdemonstration statt, wobei 24 faschistische Polizisten einen Arbeiter erschossen und sechs andere schwerer verwundet.

Zwei Verwundete erlagen ihren Verletzungen. Unter den Demonstrationen wurde auch der Soldat Peter Kociaga verhaftet und in Mitternacht in Krafa ausgeliefert, unter Verlockung, dem Demonstranten zugestimmt zu haben. „Nicht! Hierden, Jungens! Fortwärts!“ Das Militärtribunal in Krafa hat den revolutionären Soldaten für seine Solidarität mit arbeitslosen Brüdern zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Heimwehrriktatur fordert:

Todesstrafe für Streikende!

Wien, 4. Oktober. In Kems land eine Heimwehrverklammerung hat, in der eine Resolution mit den Forderungen der Heimwehr, die sie durch die Baugoin-Selig-Staroberg's Regierung durchzuführen will, angenommen wurde. Die Heimwehr verlangt die radikalste Wiedererrichtung der gesetzlichen Todesstrafe und die Schaffung eines Gesetzes, das die Todesstrafe auch für wirtschaftliche Streikenden vorseht.

Der faschistische Justizminister soll die gesetzliche Todesstrafe vorbereiten und die Durchführung des Gesetzes soll unter persönlicher Leitung des reichsfaschistischen Staroberg erfolgen.

Todesstrafe für wirtschaftliche Streikenden, das heißt Todesstrafe für diejenigen Arbeiter, die zur Verteidigung ihrer Interessen gegen den Unternehmer und zur Verbesserung ihres Daseins streiken.

Das ist das Gesicht des Faschismus! Mit allen Mitteln, mit dem blutigsten Terror wird die faschistische Diktatur jeden Widerstand der Arbeitermassen gegen die verhasste Hungeressenstaxe zu unterdrücken versuchen.

Terrorgesetz gegen A. S. Schweiz

Basel, 4. Oktober. In der Sitzung des Grossen Rates wurden Ergänzungsgesetze zum Basler Polizeigesetz, die sich ausschließlich gegen die Kommu-

nistische Partei und die kommunistische Presse richten, mit 80 gegen 41 Stimmen angenommen.

Diese Ergänzungsgesetze stellen unter Strafe alle Teilnehmer an verbotenem Kundgebungen der kommunistischen Partei. Sie geben die Möglichkeit zu wahllosen Massenverhaftungen und Verurteilungen. Diese Artikel sollen aber auch zur Anekdote der kommunistischen Presse dienen, da sie jegliche Aufforderung zur Teilnahme an verbotenem Demonstrationen mit Buße und Haft bedrohen und das sogar für den Fall, daß die Aufforderung und die Unterstützung hierzu keine Folgen hätten. Druckladen, wie alles illegale Propagandamaterial, in dem solche Aufforderungen enthalten sind, sollen nach dem Inhalt dieser Artikel konfisziert werden können.

Wahlterror in Kuba

Havana, 4. Oktober. Wie aus Havana gemeldet wird, fordert Präsident Machado in einer Kongressrede, zur Verbesserung von Verhältnissen alle versuchungsmöglichen Rechte bis nach dem Novemberwahnen außer Kraft zu legen. Die Presse, Rede- und Versammlungsfreiheit sollen zunächst abgeschafft werden.

In Hien-Hien fand die Wahl der Delegierten der Straßenbahner und Omnibusfahrer für den 9. Kongress des Eisenbahnerverbandes statt. An der Wahl beteiligten sich 100 Arbeiter, davon erhielt der revolutionäre Flügel, die Kote Gewerkschaft, 639 Stimmen und 13 Delegierte.

Hierzu größte Verdächtigungen an den Ältesten Eiland, die bisher dem Verleumdungsministerium unterstanden, werden vom 1. November ab dem Kriegsministerium unterstellt werden.



(Copyright © Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

Fortsetzung

Frans schlang das Mittageessen hastig hinunter. „Nu, nimm dir doch Zeit! Du ernährst dich ja!“ schimpfte Frau Kreuzat. Du rennst so lange mit, bis es dir geht wie dem Karl Kreuzat! Gottgott! Mein Mann, wenn ich daran denke!

Frans war der Mutter gewohnt. Mir freuten! Hunderttausende Kumpels und andere Arbeiter! Du bist einmal in der Stadt leben, wie's dort mimmet! Heute machst du mir nach dem Geringsplatz, aus allen Betrieben kommen sie!“ Frans zog seine Wäsche vom Bettboden, schloß sie auf, zog den Feldgrauen an und eilte zur Tür.

„Sch dich ja vor, Jung!“ rief sie ihm nach. „Das ist ja schon! Hallo!“ Er nahm die Treppe in Sägen. In der ersten Etage fand die Raumannsche. „Na, was ist denn bei dir los?“ rief sie.

„Mir machst du kein Essen, schick euren Mann mit!“ „Der schickt mich!“ „Schmeiß ihn vom Strohhalm!“

Unten, auf der Straße, trat Frans Kumpels, die auch zum Gemischplatz liefen. Immer mehr Kumpels füllten die Straße. Was allen Häusern kamen sie, schlössen sich fröhlich und bedächtig an. Auf dem Platz standen schon Hunderte, schlossen sich aneinander. Es sumimte wie ein großer Bienenschwarm. In der Mitte des Platzes wurde eine rote Fahne aufgestellt. Ein Windstoß erlosch das Zuch. Es blähte sich blaufarbig und begann zu flattern.

„Trennduo erklärte Jermaks Witz. „Herrigmaden! Antreten!“ Die Bergleute, zu denen noch ein Teil Metaller vom Hölleberg hinzulag, ordneten sich langsam, schwerfällig zu einem langen Zuge, der im Kreisrand den Platz umspannte. Jupp Jermak erkletterte einen Mauerturm und sah sich nach Franz Kreuzat um.

„Franz! Franz Kreuzat!“ Er winkte mit dem Arm Frans, der sich bei einigen Kumpels einmischte, hatte, zu sich. „Franz, du bringst sie nach dem Geringsplatz! Ich hole die Zollereinst, die sich am Abzug lagern!“

Frans wurde tot vor Aufregung. „Kameraden, wir marschieren zum Geringsplatz! Achtung!“ Am Gleichschritt. „Wacht!“ Der Demonstrationszug legte sich schwerfällig in Bewegung. vorne erhob sich die Fahne höher und baute sich „Singen!“ „Los, eins lungern!“

Der Zug schob sich langsam auf die Straße. Sie folgte Tritt, und einer Stimme die „Internationale“ an. „Wacht auf! Verdammt dieser Erde...“

In den Fenstern der Häuserfronten erschienen erschreckt Bürgergepfährte. Talousen schürzten herab. „Die Friege mit der Angst zu tun!“ Die Kumpels waren trübsinnig blickend hinaus. Stotterten und lachten: „Die ham Juchst, es geht ihnen an den Kranten!“

„In den Reihenfronten ging es vorbei. „Wörter, hört die Signale...“

Frauen- und Kindergepfährte, ängstliche und frohe. „Lacht euch nur nicht ein paar aufkommen!“ riefen sie den Männern zu. „Wir treffen die Kerle auf!“ riefen die Vorbeimarschierenden herauf. Hier und dort ein verlegenes Mannesgesicht, schuldbewußt. „Los, mit!“

„Da kommt sie!“ rief die Raumannsche der Kreuzatens zu, die die Treppe ausstieg. „Und der Franz, der Kuber, vorne an!“

Frans Kreuzat blieb einen Seufzer aus und holperte die Treppe hinauf. Martin blieb schon, mit ungelunden, roten Fiedeln im Gesicht, am Fenster und schaute auf die Vorbeiziehenden herab.

„Frans geht vorn bei der Fahne!“ sagte er heiler. „Der dumme Jung!“ stammelte sie, doch Martin beugte sich und bog sich weit zum Fenster heraus um die Spitze des Zuges zu sehen, wo ihr Franz marschierte. Der winkte mit der Hand zurück.

Die Spitze des Zuges bog in eine Straßengasse. „Der Jung, der alberne!“ leuchtete Frau Kreuzat und schloß das Fenster. Martin brumnte was vor sich hin und haßte in die Küche, wo er seinen Platz auf der Ofenbank einnahm.

„Gabt ihr gehen!“ Die wichtige Gestalt der Raumannschen erschien in der Türschwelle. „Wenn das mal erst richtig loswehrt, dann gibts aber Staub! Lange genug hat man aus herumgetrampelt!“

„Es leben alle! Ich weiß nicht, daß schon mal einer verhungert ist!“ riefte die Kreuzat'sche.

„Ich hab's nur den einen. Ich habe den ganzen Stall voll! Jedes Jahr hängt mir der verfluchte Kerl eins an! Wie ein Kanarienvogel, nichts wie süngen und um freien sorgen!“

„Sie ging wügend fort. „Die bläbe, mit Wädeln und Handhüschlein nichts, nee, man trampelt dich höchstens noch tiefer in den Dreck!“

Unten brüllte die Jüngling. „Da hoch, du Teufel!“ schimpfte sie.

V.

Der Geringsplatz war grau voll Menschen. Zahllose rote Fahnen und Transparente mit weißen und buntenfarbigen Inschriften ragten aus der Masse empor. Aus den umliegenden Häusern sprangen die Redner.

„Wir haben uns entschlossen...“ Generalstreik... „Alle Wachen der Werkstätten...“ Sozialismus... „Mit allen Mitteln verteidigen...“ Diktatur des Proletariats...

„So schmirrte es aus allen Fronten. Sozialdemokratie, unabhängige sozialdemokratische und Renner vom Spartakusbund. Schon am Eingang zum Geringsplatz hatte Franz Kreuzat eine Überbrückung. Breit und pappig, mitten auf der Gängelstraße, stand Jakob Trauten. „Stoppenern hierher!“

Er glänzte vor Eifer und schloß sich Franz Kreuzat an. „Das ist ja keine Sache, was? Ich so's, ohne die Gewerkschaften macht man einfach nichts! Gar nichts, Franz! Wenn die Regierung nicht die aufgelöst hätte, den Generalstreik auszurufen, dann dampfen liegt noch die Faust!“

Die Kumpels, die ihn kannten, lächelten. „Was ist doch so Mann für 'ne Trompeter, Jakob?“ (Fortsetzung folgt.)

„Volksblatt“ verhöhnt die Forderungen der Armen

Die Forderungen, die die KPD. als Erweiterung auf das Raubprogramm der Brüning-Regierung in der ersten Reichstagsungung stellen wird und die wir am Freitag veröffentlichten, haben es dem „Volksblatt“ angetan. Das „Volksblatt“ findet es entsetzlich, daß in den Forderungen der KPD. enthalten ist:

„Streichung der Ausgaben für die Reichswehr“ und „Streichung der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei.“

Haben die „Volksblatt“-Redakteure schon einmal den Namen U. u. u. B. gehört? Er stellte für die SPD. der Vorkriegszeit das Programm auf:

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Das „Volksblatt“ ist dagegen, daß dieser Reichswehr — nicht dem einzelnen Reichswehrsoldaten —, von der jetzt gerade in Leipzig vor dem Reichsgericht festgelegt wurde, daß sie von der KPD. als ein Instrument des sozialistischen Staatsreiches angesehen wird, die Mittel gestrichen werden. Die Arbeiter mögen sich diese Feststellung merken

Das „Volksblatt“ höhnt darüber, daß der Antrag der Kommunisten nur eine

Verkleinerung der Weisungen von 20 Prozent

verlangt und schreibt: „Welche Schonung für die Millionäre!“ Die Anträge der KPD. sind U. u. u. B. an den Reichstag. Das „Volksblatt“ meint, das sei zu milde.

Das „Volksblatt“ täuscht sich, wenn es glaubt, heute noch über die reiflose Entscheidung der Weisungen spotten zu dürfen. Die

SPD-Braun läßt Fememörder frei

Oberleutnant a. D. Fuhrmann aus der Haft entlassen

Der Fememörder Oberleutnant Fuhrmann ist jetzt in Berlin im Untersuchungsgefängnis Moabit wegen „Hautunfähigkeit“ aus der Haft entlassen worden. Mehrere beamtete Werge und ein Professor der Berliner Universität haben sich zusammengesetzt, um dieses Hautunfähigkeitsgesetz für den vorletzten der bisher noch inhaftierten Fememörder fertigzustellen. Die Hautentstellung Fuhrmanns geschah in demselben Gefängnisgefängnis, in dem man den Genossen Korbis-Weger tobtank zugrunde gehen ließ. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß diese reifliche Regierung sich auch den allerleinsten inhaftierten Fememörder, den Schulmeister Klumprecht, in Freiheit ließ.

Die systematische Freilassung der Fememörder durch die Sozialdemokraten erinnert die deutsche Arbeiterklasse aber daran, daß mehr als 1000 proletarische politische Gefangene hinter den Zuchthaus- und Gefängnismauern sitzen, um jede Amnestie betrogen, darunter Genossen, die seit 1919 und seit dem Rapp-Kaufsch sind. Ihre Freilassung zu erlangen, mit der besten Hilfe und mit der kommunistischen Partei eine Kollaboration für alle proletarischen politischen Gefangenen zu erlangen, ist dringender denn je.

Arbeiter wissen, selbst die 20prozentige Besteuerung, die die kommunistische Fraktion fordert, wird mit Hilfe der Volksbetrüger von der SPD. bis zu den Nationalsozialisten im Reichstag abgelehnt werden. Aber

die hundertprozentige Entlohnung der kapitalistischen Ausbeuter wird nicht im Reichstag, sondern durch die proletarische Revolution durchgeführt werden.

Und die sozialdemokratischen Arbeiter, die das „Volksblatt“ mit faulen Wägen von dem Geist des Kampfes der KPD. gegen das Brüningische Ausplünderungsprogramm abschnen will, werden mit der KPD., unter Führung der KPD., nicht nur das kommunistische Sparprogramm, sondern weit mehr, den Sozialismus, erkämpfen

Täglicher Reichsbanner-Aufmarsch in Berlin

Das AB. soll gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden — Heraus aus dieser Kapitalistenhuftruppe!

(Eig. Draht) Berlin, 6. Oktober.

Der Aufmarsch des Reichsbanners gegen „Faschismus“ am gestrigen Sonntag im Lustgarten war flaggenlos. Am dem Aufmarsch beteiligten sich etwa 3000 Reichsbanner-leute und an der Kundgebung im Lustgarten etwa 10000 unermüdete Partei-, Gewerkschafts-, Kranenstiftungs- und sonstige Angehörige mit Frau und Kindern.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind auf den Schwind, der mit diesem Aufmarsch als radikale Geste gemacht wurde, nicht hereinfallen und bitteten ihn fern.

Der Aufmarsch fand im Zeichen der Vereinbarung zwischen SPD., Vorstand und Brüning-Regierung. Der ehemalige medienburgische Ministerpräsident Stellung nimmte keine Rede im wesentlichen auf eine U. u. u. B. in der Sache ab. Wie sich das Reichsbanner dem Kampf gegen die Brüning-Diktatur denkt, ist aus dieser Tatsache zu erkennen.

Kein Wort ist gegen die Brüning-Diktatur gefallen. Das Reichsbanner ist durchaus bereit, gegen die revolutionäre Arbeiterstreik sich einzulassen.

Der technische Führer des Reichsbanners Berlin-Brandenburg sagte u. a.: „Wir sind entschlossen, unseren Kampf, den wir mit geistigen Waffen geführt haben, ununterbrochen auf physische Mittel.“

Das ist eine Kampfanzeige an die flauenbewusste Arbeiterklasse. Sie deutet darauf hin, daß bei den kommenden Wirtschaftskämpfen, besonders bei dem Metallarbeiterstreik in Berlin, das Reichsbanner gegen die Streikenden eingesetzt werden soll.

Leb und verbreitet die kommunistische Presse!

Hitler bettet beim englischen Young-Kapital

Die KPD. betreibt Erfüllungspolitik

Was London wird gemeldet:

Die „Times“ veröffentlicht eine Interaktion ihres Korrespondenten mit Adolf Hitler. Auf die Frage, nationalsozialistischer Aufheimgang der Berliner Regierung vollständig zurückzuführen oder sich damit begnügen würde, eine herbeizuführen, antwortete Hitler, man könne nicht auf einem Ja oder Nein darauf antworten. In der Folge KPD. gegenüber den auswärtsigen Verhaftungen ist folgende Faktor nicht, was sie tun wolle, sondern was sie könne. England könne überzeugt sein, daß die Nationalsozialisten nichts unternehmen würden, was sie nicht tun können.

Als die eigentliche politische Aufgabe der Nationalsozialisten bezeichnet er, der bolschewistischen Gefahr entgegenzutreten.

Wenn die rote Fahne von Wladimir bis an den englischen Kanal weht, dann ist es für England zu spät.

Die nationalsozialistische Bewegung sei deshalb eine Schwandigkeit für Deutschland und für Europa. Er könne nicht warum gegen die Ziele und Methoden der Nationalsozialisten irgendwelchen guten Engländern Einspruch erheben kann.

Adolf Hitler bestätigt also nochmals, daß die Nationalsozialisten gar nicht daran denken, den Young-Plan und den Versaillesvertrag zu zerreißen, daß sie nichts anderes sind, als die Anführer der Ausbeuter der ganzen Welt gegen die hungernden Massen.

Nationalsozialistische „Arbeitervertreter“

Am „Waltischen Beobachter“ vom 1. Oktober finden mit folgendem Inhalt:

Reichstagsabgeordneter sucht

Wohnung in Berlin

teilweise möbliert. Mindestens 4 Zimmer, wozu zwei als Arbeitszimmer gebraucht werden. Die Wohnung muß in einem Straßenviertel gelegen sein. Angebote mit Preisangabe erbeten u. 14549 an die Geschäftsstelle des „N. B.“, München, Thiergartenstraße 11.

Wenn Herr Hitler in München als Jungeheide und „Arbeitervertreter“ neun Zimmer zur Erholung von seinen Wählern braucht, warum soll denn ein simpler Reichstagsabgeordneter keinen Aufenthalt in Berlin nicht vier Zimmer haben? So hat sich was, als Nazi Arbeitervertreter zu sein.

Walhalla

Das größte Salon-Ensemble!

Die Caporetto-Revolution!

Der schwarze Diamant

Städtisches Orchester

Weißensels

Städtisches Orchester

Stadt-Theater

Neute, Montag

Erstmalige Schilffahrt

der Thoma-Bühne

Magdalena

Walhalla

CAPITOL

Lauchstädter Straße 1

Dienstag, den 7. Oktober, 22.30 Uhr

Nacht-Vorstellung

zu ganz billigen Preisen:

Cyankali

mit Grete Moshelm

Cyankali

GANZ HALLE

lacht

Nordsee

1 Waggon

Grüne Heringe

produzierte, beste

4-5 Stk. auf 1 Pf., 28

Sojas

Preiswerte

mit gerösteter

Sojas

Farben-Thiele

Wittenberg, Judenstraße 4

Das große Spezialgeschäft

für Farbarben aller Art u. Tapeten

Farben-Thiele

Wie werde ich Mitglied der R.G.O.?

Es geht sich die Widersprüche im Kapitalismus zuspitzen, desto härtere Unterdrückungsmaßnahmen ergreift das Unternehmertum gegen die Arbeiterklasse. Die scheinbare Ruhe, die vor den Reichstagswahlen eingetreten war, ist vorüber. Mit verschärften Methoden werden die Unterdrückungs- und Lohnabbaumaßnahmen durchgeführt. Afford- und Prämiensraub steht auf der Tagesordnung. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie macht die größten Anstrengungen, um jeglichen Kampfwillen der Arbeiterklasse im Sinne zu ersticken.

Andererseits erklären immer größere Arbeitermassen, daß sie die Arbeitskraft für die elenden Hungerlöhne nicht mehr zur Verfügung stellen wollen.

Die Erkenntnis wächst, daß es nur eine Kraft im Proletariat gibt, die unabhängig die Interessen der Arbeiterklasse vertritt und dem Lohnraub der Trustkonglomerate den Kampf für Lohn- und Beschäftigung der Arbeitseile entgegenstellt. Aber vielfach wissen die Arbeiter noch nicht, wie sie den Anschluß an die R.G.O. finden können, wie sie Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition werden können.

Eine wichtige Waffe im Kampfe gegen das Unternehmertum und die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie ist die oppositionelle Presse. Holt für jede Industriegruppe existieren bereits diese Blätter, teils im Reichs-, teils im Bezirksmaßstab. Jeder Arbeiter, der die Notwendigkeit der Organisierung in der R.G.O. erkannt hat,

muß die Industriegruppenzeitung abonnieren.

Es erhält eine Abonnementskarte ausgefüllt und muß als Mitglied eine Kampffondsmarke der R.G.O. zum Preise von 20 Pfennig für Betriebsarbeiter und 10 Pfennig für Erwerbslose in der Woche zahlen.

Jeder rote Betriebsrat und jeder Funktionär ist im Besitze der Abonnementsarten und der Aktionsfondsmarken. Wo kein Funktionär im Betriebe vorhanden ist, sind die Karten und Marken durch das Bezirksbüro der R.G.O., S. 4. u. 5. Verbandsstraße 14, zu beziehen.

Das wichtigste jedoch ist, daß in jedem Betriebe eine Betriebsgruppe der R.G.O. errichtet wird und daß regelmäßig Sitzungen abgehalten werden. Die Betriebsgruppen der R.G.O. müssen die Organe zur Auslösung und Organisierung des Kampfes gegen die Unternehmertumsoffensive für Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit werden.

Juch Mitglieder anderer Gewerkschaften, die mit der Politik der Bürokratie nicht mehr einverstanden sind, müssen den Betriebsgruppen beitreten, um das feste Bündnis der Unorganisierten mit den Organisierten zu schaffen, um mit vereinter Kraft den Schlag gegen das Unternehmertum führen zu können.

Gründung der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter

Delegierte aus allen seefahrenden Ländern haben in gemeinsamer Beratung, geleitet von vielen schätzenswerten Seeleuten und Hafenarbeitern, die Gründung der Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter vorgenommen. Lange schon forderten die Klassenbewussten Massen der Seetransportarbeiter den Zusammenschluß aller in Opposition zu Kapitalismus und der I.S. stehenden Kräfte. Der Ruf nach einer Kampfinternationale der Seeleute und Hafenarbeiter hat einen Wiederhall in allen Ländern gefunden. Delegierte aus allen größeren Seehäfen der Welt sind entsandt worden, um das Fundament zu schaffen.

Sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie bestätigt:

„Streikabwürgen ist unsere Aufgabe“

Sozialdemokratische Arbeiter, wie lange wollt Ihr diese Politik noch mitmachen?

Einem Chemnitzer Streikführer, dem die Lügen- und Schwindelmethoden der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie nun allgemach doch zu bunt und gemein wurden gegen die ehrlichen Proletarier, wandte sich beschwerdend an den Hauptvorstand des „Gesamtwertverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ (Gemeinbediensteten) in Berlin. Rummelt trat ein Schreiben an ihn ein, das in unerschütterlicher Weise behauptet, daß die S.D.-Gewerkschaftsbürokratie auf den Willen und die Interessen der Verbandsmitglieder pfeift. Die Bestätigung dessen, daß das zutrifft, was die Kommunisten, was die roten Betriebsräte, die revolutionären Gewerkschaftler stets schon längst feststellten, daß die Bürokratie tatsächlich genützt ist, jeden Kampf der Arbeiter, jeden Streik zugunsten der Unternehmer abzuwürgen, um dem Lohnraub freie Bahn zu schaffen.

Hier folgt der genaue Wortlaut:
Gesamtwertverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personals- und Warenverkehrs
Der Vorstand
Berlin SO 16, den 12. September 1930
Mitschuldringplatz 4

Herrn Albrecht Siegert

Chemnitz, Alendorf

Gustav-Wolff-Straße 36

Meiner Kollege!

Aus Deinem Schreiben ist ersichtlich, daß zu unserem Bedauern bei manchen unserer Mitglieder die Meinung besteht, in dieser Zeit, wo wir mahatschig Vellees zu tun hätten, perinische und vielfache auch lockliche Differenzen in wenig schöner Form auszutragen. In einer Organisation, die 700 000 Mitglieder umfaßt, wird es immer Vorformnisse geben, die nicht jedem einzelnen Mitglied ohne weiteres verständlich sind oder aber auch von ihm nicht gebilligt werden. Schließlich muß jeder darauf bedacht sein, das Gemaltete, was uns verbindet, in den Vordergrund seiner Gewerkschaftsarbeit zu stellen und nicht das Wenige, das uns auf diesem oder jenem Gebiete trennt. Der Ton Deines Schreibens ist zwar etwas rau, wir nehmen aber zu Deiner Ehre an, daß der Deiner Auffassung nach zum mindesten als herzlich zu uns empfangen werden soll. Wir

haben die Preisermäßigung Chemnitz erlaubt, zu Deinem Schreiben sofort Stellung zu nehmen und — sobald dies erfolgt ist — wirst Du von uns eine weitere Antwort erhalten. Nur einen Irrtum Deinetseits mühten wir schon jetzt richtigstellen.

Du erwähnst z. B., daß der S.D.G. Arbeitergelder verschleudert und dann natürlich keine Mittel übrig habe, Streiks zu finanzieren, ja, daß er diese Streiks sogar abwürgt, wo sie ausgebrochen sind. Hierzu ist bemerkt, daß der S.D.G. erstens überhaupt nicht dazu da ist, Streiks zu finanzieren, und daß er das auch bisher nie getan hat. Die Streiks müssen nämlich von den Organisationen, die den Streik führen, finanziert werden, und es ist — zum mindesten in den letzten Jahren — nicht bekannt geworden, daß je eine Organisation einen Streik nicht durchgeführt hat aus Mangel an Mitteln. Würde der Streik abgebrochen, lagen andere Gründe, die den Abbruch notwendig machten, vor.

Zweitens kann der S.D.G., da er Streiks nicht inszenieren und nicht finanzieren kann, sie auch nicht abwürgen.

Das Abwürgen von Streiks (wenn man es so nennen will) ist auch stets Aufgabe der den Streik führenden Organisationen.

Der Verbandsvorstand
Mit kollegialem Gruß
ggz. Unterschrift (nicht leserlich).

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie findet es demnach schon als selbstverständlich, findet es als ihre höchste Aufgabe, Streiks der Arbeiter gegen Lohnraub, für Lohn- und Beschäftigung abzuwürgen. Sie ist darin schon so itrapelllos geworden, daß sie heute schon gar nichts mehr darin findet, diese fantholische Zartlake sogar in einem Schreiben an ein Verbandsmitglied ohne weiteres zuzugeben.

Arbeiter, Gewerkschaftler, antwortet!

Kampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die sozialdemokratische „Arbeiterbetriebe“, gegen diese offenen Helfershelfer des Unternehmertums! Sozialdemokratische Arbeiter, seht aber Schluß mit solchen „Führern“!

Betrug an den Landarbeitern!

Wie der Großagrariar Wenzel Steuern eintreibt

Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, über das ausgesprochene Willkürregiment, welches vor allem die Landarbeiter über sich ergehen lassen müssen, zu berichten. Besonders viel nimmt sich in der Terrorisierung „leiner“ Arbeiter der unheimlich listig betante Rittergutsbesitzer Wenzel heraus. Jetzt wird bekannt, daß er

von insgesamt 24 Arbeitern und Arbeiterinnen auf einmal insgesamt 156 Mark Steuern einbehält, hat, und zwar handelt es sich um die während zehn Lohnwochen nicht abbezogenen Heuerlöhne. Für jede Arbeiterin macht das eine Gesamtsumme von 6,80 Mark und für jeden Arbeiter eine Gesamtsumme von 7,80 Mark aus. Das bedeutet natürlich, die ohnedies schlecht entlohnten Landarbeiter geradezu

der Verzweiflung auszuliefern. Dabei ist bald offensichtlich, daß der Großgrundbesitzer Wenzel nichts weiter als ein ganz raffiniertes Gedächtnis ausgelesen hat, denn am letzten Tage an welchem die Heilige erlosenen, wurde den Arbeitern die fällige Entgeltulo ausgehändigt, so daß für jedermann nabelegend

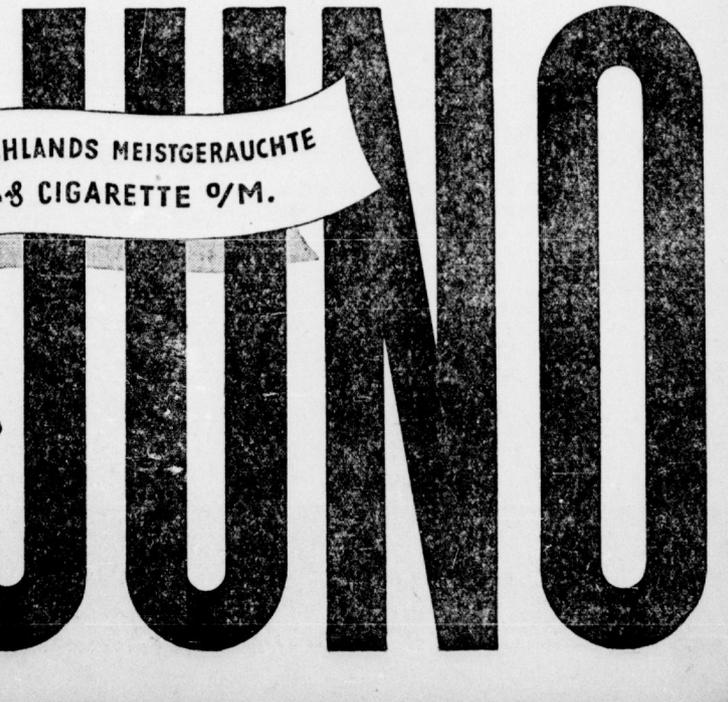
Schafft rote Betriebswehren gegen den Faschismus

Ist, daß Wenzel auf diese Weise mit dem Rücken an die Wand kommen wollte. Er hat den Arbeitern das, was er ihnen gab, im gleichen Moment genommen.

So werden die Landarbeiter nicht nur einmal, sondern fortwährend und beständig von den Großagrariaren belogen, gekloppt und betrogen. Das Beispiel, das durch Wenzel geliefert wurde, beweist deutlicher als alles andere, daß sich die Landarbeiter in die revolutionäre Kampffront einreihen müssen, um mit der übrigen Arbeiterklasse den Kampf um Lohn und Brot aufzunehmen.

Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Eine Fraktionsitzung des Gesamtverbandes findet am Dienstag, dem 7. Oktober, um 20 Uhr im Produktionsaal, Reichenteilsstraße 14, statt. Bericht vom S. R.G.-Kongress.



Eisenbahnkatastrophe bei Paris

Zehn Todesopfer, dreißig Schwerverletzte

Ein folgenschweres Eisenbahnunglück ereignete sich in den Abendstunden des Freitags in unmittelbarer Nähe von Paris, kurz vor der Eisenbahnbrücke Cardinet. Der Personenzug, der den Bahnhof St. Lazare gegen 7 Uhr abends verlassen hatte, rief infolge scharfer Weichenstellung auf einen entgegenkommenden Güterzug. Trotz des ziemlich heftigen Anpralls waren neben einigen Materialschaden keine Menschenleben zu beklagen. Der Reisenden hemdschützte sich jedoch eine Panik, so daß sie aus dem Zuge sprangen und sich auf dem daneben gelegenen Gleise aufhielten. Infolge der allgemeinen Verwirrung bemerkten sie nicht das Herannahen eines in entgegengesetzter Richtung kommenden Zuges, der mit voller Geschwindigkeit direkt in die Menge raste. Zehn Personen wurden auf der Stelle getötet, 30 wurden schwer verletzt. Eine Anzahl leicht Verletzte wurde an Ort und Stelle verbunden, während die übrigen, von denen mehrere in Lebensgefahr schweben, einem nahen Krankenhaus zugeführt wurden.

besetzter Omnibus in der Nähe des Cours Niederbrücken an einer Straßenbückung umgekippt. Zehn Arbeiter wurden schwer verletzt, 30 kamen mit leichteren Verletzungen davon. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Wagenführer in einer scharfen Kurve einem entgegenkommenden Fahrzeug ausweichen wollte und dabei zu nahe an den Straßenrand geriet. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert.

Unfällefall auf der Münchener Oktoberwiese

Am Freitagabend ereignete sich auf der Münchener Oktoberwiese ein schweres Unglück. Auf der großen Schienenbahn blieb in einer Kurve ein Wagen stecken. Der nachfolgende Wagenzug fuhr mit voller Wucht auf den festengebliebenen Wagenzug auf, wobei ein Plantagen-Direktor aus Mozambique und ein Musiker heruntergeschleudert und schwer verletzt wurden. Neun Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Massenmörder zum Tode verurteilt

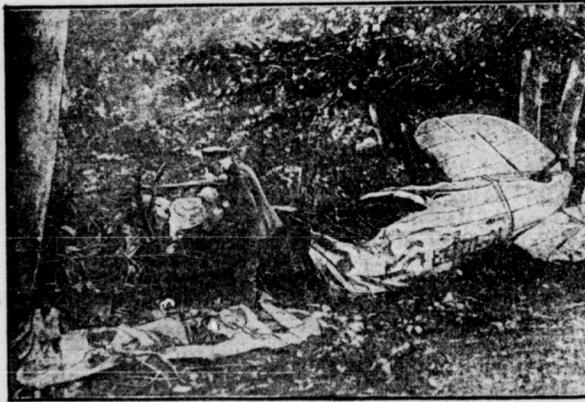
Das Genter Schwurgericht verurteilte am Freitag einen jungen flämischen Bauern, der seinen Vater, seinen Onkel und seine Tante vergiftet und seine Mutter sowie fünf Brüder und Schwestern zu vergiften verurteilt hatte, zum Tode. Der Angeklagte beteuerte bis zuletzt seine Unschuld.

Schweres Omnibus-Unglück bei Kassel

Über 40 Arbeiter verletzt

Kassel, 4. Oktober. Am Sonnabendvormittag, kurz nach 6 Uhr, ist ein mit etwa 70 bis 80 Arbeitern

Drei englische Militärflugzeuge abgestürzt



Wie bereits berichtet, flogen vor einigen Tagen drei englische Militärflugzeuge bei dichtem Nebel in der Nähe der Ortschaft Arundel in der Grafschaft Sussex in eine auf einem Hügel stehende Baumgruppe hinein. Sämtliche drei Maschinen wurden, wie unser Bild zeigt, zerschmettert. Ein Flugzeugführer fand sofort den Tod, ein zweiter erlag einige Stunden später seinen Verletzungen, während der Dritte mit leichten Verwundungen davonkam.

Vesuv im Aufruhr



Nom, 4. Oktober. Nach Mitteilungen des Vesuvius-Observatoriums hat der Lavastrom aus den Öffnungen, die sich am Fuße des Ausbruchkegels des Vesuvius gebildet haben, seit Donnerstag wesentlich zugenommen.

Die Lava hat bereits den Rand des Kraters an seiner niedrigsten Stelle erreicht und beginnt mit einer Geschwindigkeit von vier Metern in der Minute ins Hüllental abzufließen. Zunächst richtet sich der Strom auf unbedeutende Gebiete, die 1834 und 1906 bereits verüffnet wurden. Man hofft immer noch, daß für die Umgegen keine ernste Gefahr besteht.

Grubenunglück bei Herne

Zwei Kumpels verschüttet

Dortmund, 4. Oktober. Auf der Zeche „Julia“ bei Herne ging infolge Gebirgsstoches nach Abgabe eines Sprengschusses eine Strebte zu Bruch. Hierbei wurden zwei Bergarbeiter verschüttet. Erst nach mühevollen Aufgrabungsarbeiten gelang es, die beiden Kumpels zu beugen. Einer von ihnen war bereits tot, während der andere lebensgefährliche Verletzungen erlitten hat.

235 Abonnenten an einem Tage

kann die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Leipzig als den Erfolg der Pressewerbung in den verschiedenen Stadtteilen und der Werbekolonne melden. Davor sind ein erheblicher Teil in Leipzig selbst gewonnen worden.

Jeder Wähler der Liste 4 ein Leser unserer Presse

Das ist die Parole!

Wo bleibt Berlin, Hamburg, Essen, Düsseldorf, Halle, wo bleiben die übrigen Großstädte?

Mutter bringt ihre Tochter ins Bordell

Mit 16 Jahren „Attraktion“ im „Blauen Hause“ — Die Polizei findet alles in Ordnung

Wien, 4. Oktober. Das Straflandesgericht II in Wien verurteilte vor einigen Tagen eine Frau Maria W. wegen Verbrechen der Kuppelei, die Ausbittelfassiererin Frau Sch. und zwei weitere Angeklagte wegen Mitschuld an diesem Verbrechen. Und zwar die erstgenannte Angeklagte zu sechs Monaten, die drei anderen zu je zwei Monaten schweren Kerkers.

Im Mittelpunkt dieses unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Prozesses stand die Tochter Hedwig der Haupt-

in einem Bordell unterzubringen. Frau Sch. wies sie an die recht mitangeklagte Ausbittelfassiererin Christine S. Diese fuhr dann mit der jungen Hedwig nach Brud, wo sie das Mädchen der ihr bekannten Besitzerin des Bordells „Zum blauen Hause“, namens Theresie Jannowski, vorstellte.

Da die Bordellbesitzerin aus Angst vor geschäftlichen Schwierigkeiten im Hinblick auf die Jugend der Hedwig Bedenken äußerte, sprach die Mutter wegen dieser Angelegenheit beim Polizeiamt in Brud vor und dort wurde ihr die Ungehörigkeit mitgeteilt, die Tochter behalte nach den gesetzlichen Vorschriften zu ihrem weiteren Verbleiben im Bordell lediglich der Zustimmung der Eltern.

Da die Not drängte, gab die Mutter diese. Und Hedwig verließ im „Blauen Hause“ innerhalb ganz kurzer Zeit wurde sie dort wegen ihrer Jugend die „Attraktion“ für die sahlungsfräftigen henneten Bürger der Stadt. Nach ihren eigenen vor Gericht bekundeten Angaben hat sie rund 300 Schilling wöchentlich verdient.

Der Fall wurde schließlich der Öffentlichkeit bekannt und es kam endlich zum Prozeß vor dem Wiener Straflandesgericht, der mit der oben geschilderten Beurteilung der Angeklagten endete.

Die heuchlerische christliche Moral ist wieder einmal getreten. Die „Kuppelerinnen“ werden in den Kerker geworfen, die Würdebolde von Klientenrösten können sich im Gefühl, die „christliche Ordnung“ wieder einmal getreten zu haben und die bürgerliche Sensationspresse, die diesen Prozeß in großer Aufmachung veröffentlicht, salobert geschwätzt von der „Verberührung der Sitten in unserer Zeit“. Nur die Weisheitslehre macht dieses Theater nicht mit. Sie weiß, daß die Prostitution nur beiläufig werden kann durch den allgemeinen Klassenkampf gegen den Kapitalismus.

Der Rote 1 Mark Roman ist da!
BAND 1 Marchwitzer Sturm auf Essen

angeklagten Maria W. die von ihrer Mutter mit 16 Jahren in dem Bordell im „Blauen Hause“ in Brud regelrecht verschleudert worden war. Aus der Verhandlung entnahm man, daß das junge Mädchen mit 14 Jahren als Hausgehilfin verdingt worden war, nach einem Jahre jedoch die Stellung verließ und unter dem Zwange widriger Verhältnisse sich anfänglich der Gelegenheitsprostitution und sich dann immer mehr diesem „Handwerk“ verschrieb.

Eines Tages machte Frau W. die Bekanntschaft der Frau eines Prostitutionsagenten namens Anna Sch. die beruflich viel mit Prostituierten zu tun hatte. An diese Frau wendete sich die schwache Mutter mit dem Erluchen, ihre Tochter wenn möglich

13 Schiffbrüchige aus Seenot gerettet

Im völlig erschöpften Zustande geboren

Der Hamburger Dampfer „Kurt Partwig“ aus dem Donnerstag südlich Bornholm 13 Personen aus Seenot gerettet.

Südlich von Bornholm war der Dampfer „Strius“ tot geworden und bei der hohen See innerhalb von zehn Minuten gesunken. Die Besatzung, elf Mann und zwei Frauen, war in ein Boot gegangen und trieb seit mehreren Stunden auf der See, bis sie von dem deutschen Dampfer gestiftet und geborgen wurden. Sämtliche Schiffbrüchige waren bereits sehr erschöpft.

Aus Unvorsichtigkeit seine Schwester erschossen

In Bruchhausen bei Dortmund legte ein Oberförster, der von einem Dienstagang heimgekehrt war, sein Gewehr auf den Tisch und entfernte sich aus dem Zimmer, in dem sein leibschäftiges Söhnchen mit dem fünfjährigen Schwesterchen spielte. Der Junge machte sich an der Waffe zu schaffen. Blödsinn frachte ein Schuß, und das Mädchen brach, von einer Schrotkugel in den Rücken getroffen, tot zusammen.

Eisenbahnunfall in den Wäldern bei Barmen

Auf der Strecke Barmen-Gödingen stieß ein Eisenbahnzug, der mit Arbeitern besetzt war, mit rangierenden Eisenbahnwaggons zusammen. Infolge des Zusammenstoßes wurde ein Arbeiter getötet und drei weitere mehr oder weniger schwer verletzt.

Einreise der russischen Ländermannschaft infolge behördlicher Schikane in letzter Stunde verweigert

Leber der roten Schwärmer für rote Sporteinheit im hallischen Stadion

beantworten diese Schandtat mit dem Kampfeinsatz gegen schändlichen Terror, gegen sozialfaschistische Spaltung, für den Schutz der Sowjetunion, für Sowjet-Deutschland — Die deutsche Ländermannschaft spielt an Stelle der sowjetrussischen Mannschaft gegen Bezirksmannschaft Halle

Der Kampf um die internationale Einheit des Arbeitersports, den die roten Sportler auf ihre Fahnen geschrieben haben, hat die Ziele, die den Arbeitersport so gut zu dem Dienst der Bourgeoisie stellen möchten, letzter schon immer auf den Plan gerufen.

Mit behördlichen Schikanen, mit polizeilichem Terror, mit giftiger Hege und alledem ist bekanntlich immer dann, wenn die roten Sportler zum Kampf für die aller umfassendste internationale revolutionäre Sporteinheit ansetzen, verstoßt worden, diesem Kampf zu verhindern, zu sabotieren oder wenigstens unter allen Umständen abzuwehren.

Das gelang vor allen Dingen immer dann, wenn dieses Kampfbanner der roten Sportler mit dem internationalen Fußballspiel verbunden wurde. So war es vor dem Arbeiter-Sport- und Kulturfest Halle auch am vergangenen Sonntagabend geplant, und es muß schon vor vornherein gesagt werden, daß dieser Plan in keine einzige Linie aufging.

Das rote Kartell hatte am Sonntagabend zu einem großen internationalen Fußballkampf auf dem hallischen Stadion angesetzt. Alles war wohl vorbereitet.

Die zum Spiel verpflichtete und durch die Reichsleitung der roten Sportbewegung vermittelte kaukasische Fußballmannschaft aus der Sowjetunion hatte zugesagt und hatte sich diesmal — früher, als sonst üblich — vier Wochen vorher um die Einreiseverfahren bemüht.

Diese Einreise schien so gut wie gesichert, da zunächst keine Einwendungen gemacht wurden. Unter diesen Umständen hätte das rote Kartell, das im Stadion ein internationales Fußballspiel in Halle begeitert und freudvoll auf, zumal es sich bei diesem internationalen Götten und Genossen aus der Sowjetunion handelte. Noch in der letzten Woche hieß es in Briefen und telefonischen Mitteilungen, daß die russischen Genossen den Kontakt, ihre Begeisterung, bereits herstellen hätten und sich unterwegs befänden.

Als dann die deutsche Ländermannschaft, die eine längere Tournee durch die Sowjetunion durchgeführt hatte, in der vorigen Woche nach Deutschland zurückkehrte und die Mitteilung, daß die kaukasische Mannschaft bereits unterwegs sei, bekam, teilten sie, Zweifel am Start dieser kaukasischen Mannschaft in Halle nicht mehr konnten zu sein.

So haben die roten Sportler von Halle und mit ihnen die gesamte übrige Arbeiterklasse schon tagelang in Erwartung der Gäste aus der Sowjetunion gearbeitet. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion, die sich um die Teilnahme an diesem internationalen Fußballspiel bemüht hat, hat sich um die Teilnahme an diesem internationalen Fußballspiel bemüht.

So kam der von den Tausenden erwartete Sonntagabend. Schon am frühen Nachmittag sammelten sich die ersten Interessierten im Stadion. Die rote Fahne wurde gehißt, rote Transparente wurden aufgezogen. Die Arbeiterklasse hat sich einmütig gemeldet. Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen. Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen.

Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen. Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen. Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen.

Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen. Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen. Die ersten Interessierten sind im Stadion erschienen.

Bezirksmannschaft Halle schlägt Ländermannschaft 2:0 (1:0)

Die Ländermannschaft aus der Sowjetunion an der Einreise nach Deutschland gehindert worden war, mußte die deutsche Ländermannschaft, die von einer Tournee aus Mählen kam, eintrudeln. Nach einer halben Stunde nach dem Spiel eine Vorentscheidung nach etwa 20 Minuten. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0.

Der Spielverlauf

Das Spiel begann 19.30 Uhr unter Leitung von W. B. n. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0.

Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0.

Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0.

Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0. Die deutsche Mannschaft gewann mit 2:0.

Sowjetunion zurückgekehrte deutsche Ländermannschaft nach Halle dirigiert, um die Veranstaltung dennoch und nun erst recht durchzuführen. Als die

auf dem Zieleingang

die deutsche Ländermannschaft nach Halle dirigiert, um die Veranstaltung dennoch und nun erst recht durchzuführen. Als die

Nun erst recht auf zum Stadion!

Die deutsche Ländermannschaft nach Halle dirigiert, um die Veranstaltung dennoch und nun erst recht durchzuführen. Als die

Die Protestkundgebung im überfüllten Stadion

Im Stadion konnte — wie man so sagt — „kein Apfel zur Erde“ fallen. Jeder Platz besetzt! Tausende handelten.

Das macht den roten Sportlern in Halle wohl niemand nach. Ihnen und ihrem Kampf geht die Sympathie der breiten Massen. Auch diese Tausende wurden bei der Mitteilung vom Terror gegen die russischen Sportler keineswegs von Enttäuschung ergriffen, sondern

Empörung — das war der Widerhall auf den schändlichen Terror.

Bei größter Anwesenheit eröffneten die Arbeiterkämpfer die Veranstaltung mit „Tsch. Proleten“, dem allbesten Kampfruf. Ebenso anhängig lauschten die dichtgedrängten Besucher im Stadion der nachfolgenden

Rede des Genossen Beyling:

„Kameradengenen! Rote Sportler!

Unsere heutige, von gewaltiger Massenbegeisterung getragene Veranstaltung steht im Zeichen des Kampfes für die internationale Sporteinheit. Die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Trabanten möchten das Fußballturnier dieser roten Weltmeister unterbinden. Darum ist auch den von uns allen für heute erwarteten Gästen, den roten Sportlern aus der Sowjetunion, in letzter Stunde die Einreise nach Deutschland mittels schändlicher

Noch ein Terrorakt gegen sowjetrussische Sportler

Nach den vier sowjetrussischen Schwimmerinnen, die am gestrigen Sonntag in Berlin zu internationalen Schwimmwettkämpfen erwartet wurden, hat man unmittelbar an der Grenze die Einreise nach Deutschland verweigert.

Als dies — auch in diesem Falle — erst zur Veranlassung selbst bekannt wurde, erhob sich eine stürmische Protestbewegung gegen diesen Schandbrief.

Die hallischen Werktätigen beantworteten diesen Terror mit dem Massenbesuch der internationalen Schwimmwettkämpfe am nächsten Sonntag in Halle.

Über auch die Polizei hat außer Acht an diesem Demonstrationstag „Interferiert“. Das — bisher wohl selten so hart aufgebotene — Polizeikommando (bestehend aus zwei polizeilich „Kollern“ und zwei Berittenen-Kommandos) ließ erkennen,

daß die Polizei höchstwahrscheinlich Anweisung zum „Einschreiten“ hatte, für den Fall, daß die Sportler aus der Sowjetunion an vorbestimmten Wegen vielleicht doch gekommen wären!

Da dies eben aber nicht der Fall war, suchte sich Herr Cerles Aufgebot mit überflüssigen Provolationen zu „betätigen“. Die „Grünarenebewegung“ führte in den Zug hinein, die Berittenen ließen ihren Maulen Zanken, und zwar dertat, daß Postboten und auch Demonstranten, wie immer es am vorigen Sonntag im Dresden legen konnten, stellen mit daran gehindert werden, uns mit den Brüdern aus Sowjetland zu verdrängen.

Daran kann uns aber keine Macht der Welt hindern und wir sagen nun erst recht:

Wir roten Sportler sind Soldaten der Revolution und schätzen die Sowjetunion, („Brauo“)

Unsere Feinde, die Behörden des kapitalistischen Staates und die sozialfaschistischen Instanzen der Arbeiterpartei, können zwar das für heute in Aussicht genommene Spiel mit einer russischen Ländermannschaft verweigern, aber das Bündnis mit unletztelbaren Feinden können sie nicht zerreißen. Das bekräftigen wir nun erst recht!

Um die heutige Veranstaltung trotz alledem durchzuführen — und zwar im Zeichen des Protestes — hat die Reichsleitung der I.G. in letzter Minute die deutsche Ländermannschaft nach Halle entsandt, die in der vorigen Woche erst von einer Tournee aus der Sowjetunion zurückgekehrt ist. („Langenbaldene“, „Brauo“)

Wir erwarten an die sozialfaschistischen und sozialfaschistischen Arbeiterklasse, Sportler und Kameraden, daß sie die Stärkung unserer roten Sportkraft sein!

Zum Zeichen des Einmütigen wurden mit diesem Appell und Kampfruf stimmten die vielen Tausende begeistert in das dreimalige „Rot Sport“ ein, und ebenso betreten die Fußballmannschaften, zuerst die hallische Bezirksmannschaft, und etwas später die Ländermannschaft unter lautem Beifall das Feld.

Roter Sportleraufruf in Röhmern

Wekern fand in Röhmern ein Sportfest der roten Sportler statt. Von den frühesten Morgenstunden bis zum Abend wurden auf zwei Plätzen 20 Fuß- und Handspiele ausgetragen. Zu gleicher Zeit fanden die Scherarbeiten im „Bürgergarten“ in friedlichem Wettstreit.

An den Veranstaltungen beteiligten sich die Bundesgenossen in Leber und Weesenlaublingen. In den Mittagsstunden wurden die Wettkämpfe unterbrochen und 600 Sportler formierten sich unter Kommando von drei Spielmannschaften und einer Kapelle zur Demonstration.

Zeit langem hat Röhmern einen so wichtigen Aufmarsch nicht zu sehen bekommen.

Unter harter Anteilnahme der Einwohnerlichkeit wurde auf dem Hauptplatz eine Kundgebung durchgeführt. Der Sportlerklub W. B. n. Halle, zeigte in einer zündenden Ansprache auf, daß trotz Terror und Schikanen, die von Seiten der Gegner einziehen, alle Hemmnisse von den roten Sportlern in ihren Vorwärtstagen überannt werden. Die Offensiv gegen Sozial- und Nationalfaschismus wird im verstärkten Maße gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterklasse weiter geführt bis zum endgültigen Siege der Ausgebeuteten. Einmütig wurde folgendes Protesttelegramm beschlossen und an das Schwurgericht nach Leipzig geschickt.

Am 5. Oktober in Röhmern (Saalfeld) zu Hunderten aufmarschierende Sportler und Einwohner nehmen mit Entzückung Kenntnis von den Zeremonien der Klassenjustiz gegen die angeklagten Jungarbeiter. Sie fordern die sofortige Freilassung aller verhafteten und angeklagten Jugendlichen und geben, den Kampf weiterzuführen bis zur Freilassung aller revolutionären politischen Gefangenen.

Reisliste der sportlichen Veranstaltungen: Giebichenstein 1. — Magdeburg 1. 3:0 Giebichenstein 2. — Röhmern 1. 4:5.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 1:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 3:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 3:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 3:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 3:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 3:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

Oberrhein 1. — Giebichen 1. 3:0. Atlas 1. — Röhren 2. 3:2. Atlas Jugend 3:0.

